Manfred Gailus September 2017

Statement zum Diskussionsabend der Martin-Niemöller-Stiftung über die Garnisonkirche Potsdam in Frankfurt/M. (11.9.2017)

1. **Die Wiedererbauer der Garnisonkirche Potsdam ignorieren einen elementaren historischen Zusammenhang:** Dem „Tag von Potsdam“ (21. März 1933) folgte eine „Nacht von Potsdam“ (14. April 1945), als britische Flugzeuge die Stadt bombardierten und dabei u.a. auch die Garnisonkirche zerstörten. Beide Ereignisse, der „Tag von Potsdam“ und die „Nacht von Potsdam“, stehen in einem engen, sich bedingenden historischen Zusammenhang. Auf die Hybris des „nationalen Aufbruchs“ mit Hitler von 1933 folgte der tiefe Fall, die Zerstörung. Dieses doppelte Geschehen hat eine gewisse innere Logik und damit historisch-moralische Plausibilität. Die Zerstörung, so bedauerlich sie ist, war zu wesentlichen Teilen Folge deutscher Selbstzerstörung durch törichte und verbrecherische Politik. Ganz ähnlich verhält sich der Kriegsjubel vom August 1914 zur tiefen Depression der evangelischen Deutschen bei Kriegsende 1918. Man wollte im preußisch-deutschen nationalprotestantischen Milieu aus der Geschichte nicht lernen, ignorierte mit Stolz und Trotz die Lehren von 1918/19, die aus dem eigenen Fehlverhalten vernünftigerweise zu ziehen gewesen wären. Und statt sich nach 1945 über den Verlust der GARNISONKIRCHE, wesentlich bedingt durch eigenes unkluges Verhalten, zu grämen, suchten und suchen nun Wiederaufbaukreise Ersatzobjekte (bzw. Ersatz-Schuldige), die angeblich ‚die schöne Barockkirche’ mutwillig zerstört hätten. Vor allem der sächselnde Kommunist aus dem Osten muss nun dafür herhalten, als wohlfeiler Sündenbock für eigene historisch-politische Verfehlungen zu dienen.

2. Dieser elementare **historische Zusammenhang von nationaler Hybris und Selbstverfehlung einerseits und schuldhaftem Verlust des geliebten Objekts andererseits lässt sich durch Wiedererrichtung des Hauses nicht auslöschen**. Man kann am historischen Ort dieses politisch belasteten Symbolbaus nicht so tun, als ob nichts gewesen wäre. Es geht hier eben um mehr als nur um die häufig beteuerte „Unschuld der Steine“. Es geht um die Deutung und Bewertung der Resultate deutscher Katastrophenpolitik im frühen 20. Jahrhundert. Die Garnisonkirche scheint in diesem Kontext nur ein Vehikel für weitergehende Absichten zu sein. Die Resultate der „deutschen Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) lassen sich nicht einfach reparieren durch Wiederherstellung des Alten, sei es erinnerungspolitisch bedeutsamer Gebäude oder anderer historischer Artefakte. Die Aura dieses einstigen preußisch-deutschen Erinnerungsortes ist dahin, sie lässt sich nicht künstlich neu erzeugen. Dieser Erinnerungsort ist fort, er ist zerstört. Und eine „Versöhnung“ mit dieser Epoche deutscher Geschichte (1900-1945) ist schlechterdings nicht möglich. Die Politik der nationalprotestantischen Eliten dieser Epoche, in ihren verheerenden Resultaten gänzlich unpatriotisch, ist weiterhin kritisch zu beurteilen. Allen Versuchen, auf geschichtsrevisionistische Weise hier eine neue Geschichtsauffassung im Windschatten der Garnisonkirchen-Initiative zu etablieren, eine „neue Erzählung“ zu kreieren, ist entschieden entgegenzutreten.

3. **Paulskirche und Garnisonkirche:** Der rasche Wiederaufbau der kriegszerstörten Paulskirche in Frankfurt am Main hatte gute gedenkpolitische Gründe. Diese Kirche, in der während der Revolution von 1848/49 das erste deutsche Parlament tagte, war und ist ein Denkmal deutscher Freiheits- und Demokratiegeschichte. Bereits 1948 konnte in dieser wieder hergestellten Kirche anlässlich der Hundertjahrfeiern der Revolution von 1848/49 an die - leider nur schwachen -

deutschen Demokratietraditionen erinnert werden. Die Potsdamer Garnisonkirche steht historisch und gedenkpolitisch für das krasse Gegenbeispiel: Sie war und ist ein Symbol von Autokratie und Unfreiheitsgeschichte. Hier wurden die preußischen Soldaten, die 1848/49 im Auftrag des preußischen Königs die erste demokratische Revolution mit Waffengewalt erstickten, vor ihren Einsätzen kirchlich gesegnet und nach ihrem Unterdrückungswerk in Dankgottesdiensten gefeiert. Bereits am 16. Oktober 1849 gab es in Potsdam eine große öffentliche Huldigung an die von ihrem bewaffneten Einsatz gegen die Demokratie im deutschen Südwesten heimkehrenden Truppen, angeführt durch Prinz Wilhelm von Preußen, den späteren ersten deutschen Kaiser Wilhelm I. – auch das war schon ein „Tag von Potsdam", 84 Jahre vor dem berühmten „Tag von Potsdam" des Jahres 1933.

4. Man verweist seitens der Garnisonkirchen-Initiative gern auf **andere Kirchen zum Vergleich**, die auch wieder aufgebaut oder repariert worden seien. Diese Vergleiche sind zumeist schief, sie treffen den entscheidenden Punkt nicht, um den es im Fall Potsdam geht. Die Dresdener Frauenkirche war nicht die autokratische Hofkirche der Wettiner, sondern eine eher oppositionelle Gegenkirche des protestantischen Dresdener Bürgertums. Sie steht für eine andere historische Tradition. Die kriegszerstörte Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin wurde nicht in der alten Form wieder aufgebaut. Vielmehr blieb der zerstörte Turmstumpf als Mahnmal erhalten, während die neue Kirche eine architektonisch moderne Gestalt fand. Die blasphemische Selbstverherrlichung der preußischen Monarchen, deren Relikte in Gestalt von Mosaiken man in der Eingangshalle noch heute bewundern kann, ließ man nicht durch Rekonstruktion der alten Kirche wieder aufleben. Als Ganzes verkörpert dieses Ensemble die Brüche deutscher Geschichte, nicht zuletzt eine Anerkennung von selbstverschuldeter historisch-politischer Fehlleistung; Schuldbekenntnis und Buße werden somit schon in der Architektur ausgedrückt. Der Architekt Egon Eiermann ging hier voran. Mit der Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte, in Sonderheit der Epoche 1933-45, tat sich die Charlottenburger Nachkriegsgemeinde allerdings sehr schwer. Noch 1990 wusste man dort wenig über die braune Gemeindegeschichte im „Dritten Reich". Nicht selten, daran sei erinnert, verschwanden kirchliche Kriegsruinen nach 1945 auch ganz von der Bildfläche, sowohl im Osten wie im Westen. Die Gründe waren vielfältig und hatten nicht immer mit angeblich kirchenfeindlichen, ideologischen Motiven zu tun. Kurz und zugespitzt: Sowas kommt von sowas – das muss man den konservativen altpreußisch-protestantischen Eliten und ihren aktuellen geistigen Erben sagen; gestern, heute und wohl auch morgen.

5. **Mangelnde Aufarbeitungsbereitschaft**: Der historisch kundige Beobachter vermisst bei den Garnisonkirchen-Initiatoren die Bereitschaft zur selbstkritischen historischen Aufarbeitung. Es fehlt eine Kommission von Fachleuten, die das Projekt begleitet und das zukünftige Bespielen des Hauses programmatisch plant. Hierzu bedarf es wissenschaftlich hinreichend ausgewiesener Historiker, Kunsthistoriker, Architekten, Stadtplaner etc. Seit 15 bis 20 Jahren wurde im Fall der Garnisonkirche diese notwendige Aufarbeitung faktisch nicht geleistet. Die aus dem Umkreis der Garnisonkirchen-Initiative hervorgegangenen Präsentationen, Artikel und Bücher verfehlen diese Aufgabe ganz oder weithin. Es fehlt an Professionalität, an Vielfalt der Disziplinen, an Bereitschaft zur historischen Aufklärung und nicht selten ist ein Hang zur interessegeleiteten Geschichtsklitterung zu erkennen. Die amtierende Pfarrerin der Nagelkreuzgemeinde Potsdam hat sich an früheren Wirkungsstätten wenig durch kirchenhistorische Aufarbeitungsinitiative hervorgetan. Sie war vor ihrem Potsdamer Pfarramt für lange Zeit am Dom Brandenburg tätig, wo noch im Jahr 2015 von der tiefbraunen Domgeschichte im „Dritten Reich" nicht eine Spur von Kenntnis vorhanden war. Es bedurfte, was die Potsdamer Garnisonkirche betrifft, erst der peniblen

historisch-empirischen Forschung von außen, um die bedrückenden kirchenhistorischen Tatsachen zur Garnisonkirche-Geschichte im 20. Jahrhundert offenzulegen.

6. **Schirmherrschaft Bundespräsident Steinmeier**: Die Erklärung des Bundespräsidenten zur Übernahme der Schirmherrschaft über das Bauvorhaben spricht nicht unbedingt für das Garnisonkirchen-Projekt, aber sie spricht in diesem Fall wohl gegen die gedenkpolitische Haltung eines Bundespräsidenten, der Sozialdemokrat war und auch im neuen Amt weiterhin ist. Im Unterschied zum bekennenden Protestanten und SPD-Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der sich in den 1970er Jahren Verdienste erwarb durch sein gedenkpolitisches Engagement für die deutsche Freiheits- und Demokratiegeschichte durch Würdigung der Demokraten von 1848/49, signalisiert Bundespräsident Steinmeier mit seiner Übernahme der Schirmherrschaft für die Garnisonkirche Potsdam das genaue Gegenteil: Anerkennung eines Monuments deutscher Unfreiheitsgeschichte und indirekt auch (ob er will oder nicht) jener politischen Aktivitäten, jener historischen Performance, für die dieses Haus in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts steht. Der reformierte Christ, Sozialdemokrat und Bundespräsident Steinmeier sollte seine Entscheidung überdenken.

7. **Fragwürdiges Verhalten der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und Unklarheit ihrer Position** in dieser zentralen Angelegenheit kirchlicher Gedenk- und Erinnerungskultur: Seit etlichen Jahren hat die EKBO eine Pfarrerin als landeskirchliche Beauftragte für Erinnerungskultur. Ihr zugeordnet ist ein Wissenschaftlicher Beirat, in dem namhafte Theologen und Historiker sitzen. Der Wiederaufbau der Garnisonkirche ist als ein zentrales Vorhaben der Erinnerungs- und Gedenkkultur im Bereich der Berlin-Brandenburger Kirche zu werten. Gleichwohl vermisst man seit Jahren ein verbindliches Statement der beauftragten Theologin und des zugeordneten Beirats zu diesem umstrittenen Vorhaben. Es herrscht zu diesem Thema Funkstille, ein auffallendes, seltsames und offenbar betretenes Schweigen. Dabei handelt es sich um eine dringliche, öffentlich viel diskutierte Angelegenheit. Die Beauftragte und der Wissenschaftliche Beirat wären zuallererst aufgefordert, zu diesem Vorhaben zu sprechen. Die gedenkpolitische EKBO-Einrichtung verfehlt an dieser Stelle bedauerlicherweise ihre Aufgabenstellung. Es scheint daher geboten, bei jeder Gelegenheit eine öffentliche Stellungnahme der Beauftragen für Erinnerungskultur und des Wissenschaftlichen Beirats einzufordern.